

In einem WSWS-Kommentar zu Obamas Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 2016 wird dem US-Präsidenten vorgeworfen, ein populistischer Trickser zu sein.

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 033/15 – 13.02.15

## Obamas Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 2016: Ein populistisches Feigenblatt zur Kaschierung seiner militaristischen und reaktionären Politik

Von Patrick Martin

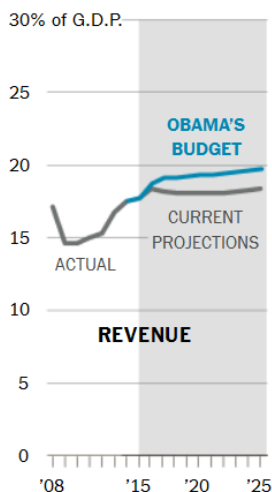
World Socialist Web Site, 04.02.15

( <http://www.wsws.org/en/articles/2015/02/04/pers-f04.html> )

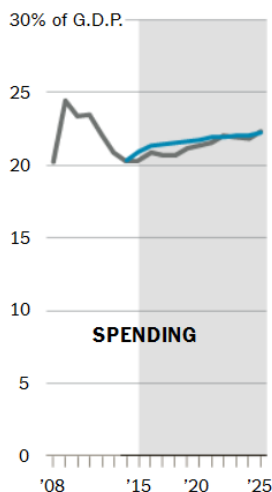
Auf Obamas demagogische Rede zur Lage der Nation ([http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP03215\\_120215.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP03215_120215.pdf) ) folgte am Montag sein Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 2016 (s. <http://www.whitehouse.gov/omb/budget> ); damit versuchte er den populistischen Eindruck zu erwecken, die Reichen besteuern und dem "Mittelstand" helfen zu wollen, während er in seiner bisherigen Politik mit Steuersenkungen für die Großindustrie, mit ständigen Kürzungen bei den Sozialausgaben und mit der Ausweitung seiner imperialistischen Interventionen im Mittleren Osten und rund um die Welt das genaue Gegenteil getan hat.

### Obama's Priorities, in Budget Form

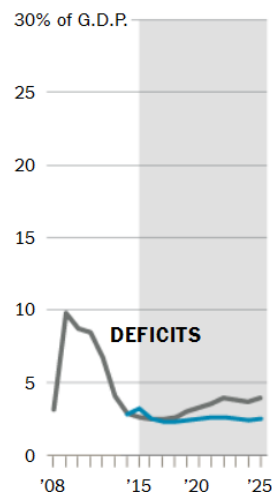
**Increases taxes on the wealthiest individuals and on corporations, including a one-time tax on corporate profits held overseas.**



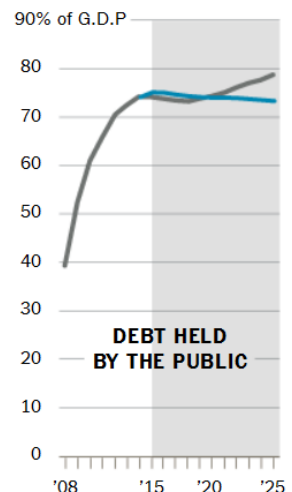
**Cancels automatic cuts known as sequestration to domestic and military programs and increases spending over 10 years.**



**Flattens out deficits around 2.5 percent of G.D.P. because of the increases in revenue.**



**Flattens out the nation's debt around 73 percent of G.D.P.**



Grafik entnommen aus <http://www.nytimes.com/2015/02/03/us/obamas-budget.html>

Inzwischen ist die zynische Vorgehensweise des Weißen Hauses allgemein bekannt. Obama erklärt, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertreten zu wollen und verspricht den kostenlosen Besuch kommunaler Colleges, Steuerermäßigungen für die Kinderbetreuung, mehr Kinderrippen und höhere Ausgaben für die Infrastruktur, die Arbeitsplätze schaffen sollen. Diese Maßnahmen will er durch die Besteuerung von Zinseinnahmen der Wall Street, von Finanztransaktionen und von geerbtem Reichtum finanzieren.

Seine Vorgaben soll ein Kongress bewilligen, in dem die Republikaner beide Häuser kontrollieren; als die Demokraten noch große Mehrheiten im Repräsentantenhaus und im Senat hatten, startete Obama keinen einzigen Versuch, auch nur eine dieser Maßnahmen durchzusetzen. Das unterstreicht den Zynismus seines Scheinentwurfes.

Obama weiß sehr gut, dass seine wenigen Vorschläge für eine minimale Erhöhung der Sozialausgaben von den Republikanern glatt abgelehnt werden; auf eine Erhöhung der Ausgaben für Militär und Kriegsführung und einige Sparmaßnahmen werden sich das Weiße Haus und der Kongress nach einigen für die Öffentlichkeit inszenierten Scheingefechten vermutlich aber rasch einigen können.

Der reaktionäre Charakter des Budgetentwurfs wird auch daran deutlich, dass Obama ihn im Department of Homeland Security (im Heimatschutzministerium, s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Ministerium\\_f%C3%BCr\\_Innere\\_Sicherheit\\_der\\_Vereinigten\\_Staaten](http://de.wikipedia.org/wiki/Ministerium_f%C3%BCr_Innere_Sicherheit_der_Vereinigten_Staaten) ) vorgelegt hat. Die als "Sequestration" (weitere Infos dazu unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP02713\\_020313.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP02713_020313.pdf) ) bekannt gewordenen pauschalen Ausgabenkürzungen, die das Weiße Haus 2011 noch selbst angeordnet hat, sollen vorrangig für das Pentagon aufgehoben werden und ihm zusätzliche 38 Milliarden Dollar bescheren; die (schon vor der Sequestration vorgenommenen) drastischen Kürzungen der Sozialprogramme bleiben hingegen bestehen.

Mit den 51 Milliarden Dollar für "laufende Militäreinsätze" in Syrien, im Irak und in Afghanistan soll die riesige US-Militärmaschinerie nach Obamas Planungen im Haushaltsjahr 2016 über insgesamt mehr als 600 Milliarden Dollar verfügen können.

Dazu kommen noch erhöhte Ausgaben für die Polizei und die Geheimdienste.

Für die Sozialausgaben brächte die Aufhebung der Sequestration eher wenig. Obamas Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 2016 sieht vor, dass die freiwilligen Sozialleistungen in den nächsten fünf Jahren, bezogen auf die nationale Wirtschaftsleistung, auf den niedrigsten Stand seit Beginn der 1960er Jahre zurückfallen sollen.

Der von Obama vorgeschlagene geringe Zuwachs von 37 Milliarden Dollar bei den Sozialausgaben wird von der republikanischen Mehrheit im Kongress ganz sicher abgelehnt; außerdem werden die Ausgaben für Medicare (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Medicare> ) und Medicaid (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Medicaid> ) in Zukunft um 400 Milliarden Dollar gekürzt. Eine wachsende Zahl der den betroffenen Personenkreis behandelnden Krankenhäuser, Ärzte und anderen Versorger wird solche Patienten deshalb nicht mehr behandeln oder höhere Prämien und Zuzahlungen verlangen.

Die Körperschaftssteuer soll um bis zu 10 Prozent gesenkt werden. Großkonzerne, die Steuerhinterziehung oder Steuerflucht betreiben, sollen straffrei bleiben, wenn sie einen Teil ihrer Beute freiwillig an die Finanzbehörden abtreten.

Über 500 Konzerne vermeiden die Besteuerung dadurch, dass sie Profite in Höhe von 2 Billionen Dollar auf Auslandskonten parken. Für noch in diesem Jahr heimgeholtes Geld sollen statt 35 Prozent nur 14 Prozent Steuern fällig werden. Dadurch hofft das Finanzministerium, 280 Milliarden Dollar einzunehmen; die Konzerne selbst würden gleichzeitig 420 Milliarden Dollar Steuern sparen. Das heimgeholte Geld dürfen sie als Dividenden verteilen oder für Aktienrückkäufe verwenden, um so den Wert ihrer Aktien zu steigern.

Die drei Hauptkomponenten des Budgetentwurfs sind also die Senkung der Körperschaftssteuer, die Steigerung der Militärausgaben und die Kürzung der Ausgaben für die Behandlung bedürftiger Kranker; die minimalen Steigerungen bei anderen Sozialausgaben, die

Obama versprochen hat, können (wegen des Widerstandes der Republikaner) überhaupt nicht realisiert werden.

Trotzdem werden Obama und seine Demokraten für diesen angeblich "linken" Haushaltsentwurf aus unterschiedlichen Gründen von liberalen Medien überschwänglich gelobt und von ultrarechten Medien heftig kritisiert.

Die *New York Times* lobte Obamas Budgetentwurf, stellte aber gleichzeitig fest, der Kongress werde ihn höchstwahrscheinlich nicht in der vorgelegten Form verabschieden. Sein populistischer Anstrich solle wohl vor der im Jahr 2016 anstehenden Präsidentenwahl die Illusion wecken, die Demokraten seien immer noch die "Partei der kleinen Leute". "Der Budgetentwurf wird die Diskussion vor der Präsidentenwahl 2016 bestimmen," schrieb die Zeitung.

Außerdem behauptete die *New York Times*, mit diesem Budgetentwurf wolle Obama "den Mittelstand fördern und dafür die Konzerne und die Superreichen stärker schröpfen".

Das *Wall Street Journal* verriss den Entwurf gleich in zwei Kommentaren. Im ersten mit der Überschrift "Obama Unchained" (Obama ohne Ketten, s. unter <http://www.wsj.com/articles/obama-unchained-1422924306>) wird dem Präsidenten vorgeworfen ein "besteuerungs- und ausgabensüchtiger Liberaler" zu sein, der sich weigert "die überzogenen Ausgaben für die Sozialversicherung, für Medicare und Medicaid zu beschneiden". Im zweiten Kommentar mit der Überschrift "Taxes Unlimited" (Viel zu hohe Steuern, s. <http://www.wsj.com/articles/taxes-unlimited-1422924520>) werden die minimalen Steuererhöhungen für die Superreichen als "unvorstellbar skandalös" angeprangert.

Während die liberalen und konservativen Meinungsmacher der Finanzaristokratie so tun, als stehe in Washington ein erbitterter Kampf zwischen beiden Parteien bevor, erklärte der millionenschwere Investor Jeffrey Zients (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Jeffrey\\_Zients](http://de.wikipedia.org/wiki/Jeffrey_Zients)) ein Spitzenmann Obamas, der dem Nationalen Wirtschaftsrat des Weißen Hauses vorsitzt, wegen der Senkung der Körperschaftssteuer bestünden gute Aussichten, sich mit den Republikanern zu einigen. "Auf einigen wichtigen Gebieten verfolgen wir die gleiche strategische Linie," betonte Zients.

Der Zweck dieser politischen Scharade besteht einzig und allein darin, Gewerkschaftsvertreter, verschiedene pseudolinke Organisationen und liberale Magazine wie *The Nation* (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/The\\_Nation\\_%28Vereinigte\\_Staaten%29](http://de.wikipedia.org/wiki/The_Nation_%28Vereinigte_Staaten%29)) zu ködern, damit sie den Demokraten bei der Präsidentenwahl 2016 die Wähler zutreiben. Diese Kräfte werden alles tun, um die grundsätzliche Übereinstimmung beider Parteien bei der Verteidigung der Interessen der Finanzelite zu verwischen und die arbeitende Bevölkerung auch weiterhin an das von Konzernen kontrollierte Zweiparteiensystem zu binden.

*(Wir haben den sehr erhellenden Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)*

---

## World Socialist Web Site

Herausgegeben vom Internationalen Komitee der Vierten Internationale (IKVI)

### **The Obama budget: A populist fig leaf for militarism and reaction**

Patrick Martin, 4 February 2015

Following his demagogic State of the Union speech, the Fiscal Year 2016 budget docu-

ment released Monday is a further attempt by President Obama to posture as a populist advocate of taxing the wealthy and helping the “middle class,” while pursuing policies whose substance is the exact opposite: tax cuts for big business, further cuts in domestic social programs, an escalation of imperialist military interventions in the Middle East and around the world.

By now, the cynical *modus operandi* of the White House is a familiar one. Obama declares himself to be dedicated to the interests of ordinary working people and offers various benefits—free community college, tax breaks for child care, expanded pre-kindergarten, more spending on infrastructure to create jobs. He proposes to pay for these measures through taxes on Wall Street interests, including levies on financial transactions and inherited wealth.

Obama proposes measures to a Republican-controlled Congress that he never attempted to enact when the Democrats had large majorities in both the House and the Senate. This underscores the cynicism of the whole exercise.

He knows very well that his minimal proposals for increased social spending will be flatly rejected by the Republicans, leaving the joint program of war and austerity on which the White House and Congress will eventually reach agreement, most likely after a series of stage-managed confrontations and mock showdowns.

The right-wing character of the budget plan was signaled by Obama’s choice of venue to announce it—the Department of Homeland Security. He denounced the draconian budget-cutting process known as the “sequester,” which the White House itself devised in 2011, but focused not on the sweeping cuts in social programs, but rather the damage supposedly done to the Pentagon by the cap on its regular spending, proposing a \$38 billion increase for the military.

Combined with \$51 billion in “contingency” spending on military operations in Syria, Iraq and Afghanistan, the gargantuan US military machine will, under Obama’s plan, consume more than \$600 billion in Fiscal Year 2016.

There will also be a further increase in spending for domestic policing and intelligence programs.

As for social spending, the “breaking” of the sequester cap will have little impact. Obama’s FY 2016 budget projects that over the next five years, discretionary domestic spending will fall to the lowest level, as a proportion of national economic output, since the early 1960s.

Dwarfing the \$37 billion Obama proposes in increased domestic spending—which the Republican Congress is virtually certain to reject—is the nearly \$400 billion in cuts to future Medicare and Medicaid spending. This includes both reduced reimbursements to hospitals, doctors and other providers—which will lead to increasing numbers of providers refusing to accept Medicare patients—and higher premiums, deductibles and co-pays for Medicare recipients.

On taxation, Obama is proposing to cut the corporate tax rate by up to 10 percent. The other main tax proposal amounts to accepting criminal tax evasion by large corporations providing they share a fraction of the loot with the Treasury.

A host of Fortune 500 companies are avoiding taxes by keeping \$2 trillion in profits parked in foreign bank accounts. The Obama administration plan would cut the tax rate from 35

percent to 14 percent for profits repatriated this year. This would net the Treasury as much as \$280 billion. The companies themselves would gain even more, saving \$420 billion in taxes. The Obama proposal would also allow them to distribute the remaining \$1.3 trillion as dividends or use the money for stock buybacks, pushing up their share values.

The three main components of the budget—corporate tax relief, an increase in military spending, and cuts in Medicare—far outweigh the minimal increases in other social benefits promised by Obama—increases that he and the Democratic Party can safely assume will never be enacted. Yet this budget is being portrayed in the corporate-controlled media as a political shift to the left of dramatic proportions.

Both the liberal and the ultra-right media, each for their own reasons, have joined in this exercise in falsification.

The New York Times hailed the Obama budget, while admitting that it was unlikely to be enacted by Congress. The newspaper all but acknowledged that the budget's populist trappings were intended, in advance of the 2016 presidential election, to re-inflate sagging popular illusions in the Democratic Party as the party of the "common man." The budget "seeks to frame the terms of the debate for the 2016 presidential election season," the Times wrote.

Nevertheless, the newspaper claimed that, "The core of the president's 2016 budget is a plan to boost the middle class" by extracting "greater contributions from corporate America and from those atop the wealth ladder."

The Wall Street Journal published twin editorials denouncing the budget. The first, "Obama Unchained," portraying Obama as a "tax and spend" liberal while decrying his supposed refusal to cut entitlement programs such as Social Security, Medicare and Medicaid, describing them as "largely untouched." A second editorial, headlined "Taxes Unlimited," simply itemized the proposed tax increases on the super-rich, as though each of these minimal proposals was an unthinkable outrage.

While the liberal and conservative media mouthpieces of the financial aristocracy pretend that a battle royal has broken out in Washington, a top Obama aide, multimillionaire investor and corporate adviser Jeffrey Zients, who heads the White House National Economic Council, declared that there was every prospect for a deal with congressional Republicans, particularly on cutting corporate taxes. "You have strategic alignment in some very important areas," Zients said.

The purpose of this political charade is to provide ammunition for trade union officials, liberal publications such as the Nation magazine and various pseudo-left organizations to corral working people behind the Democratic Party in the 2016 elections. These forces will work to conceal the fundamental agreement of the two parties in defending the interests of the financial elite and keep working people tied to the corporate-controlled two-party system.

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**